

## Auszug aus FORVM bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/schulerzeitung-als-spielwiese.html>)

erstellt am: 13. April 2024

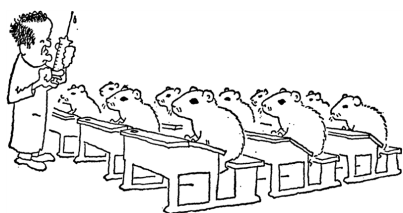
Datum dieses Beitrags: Dezember 1970

# Schülerzeitung als Spielwiese

## Zu Lage und Funktion der österreichischen Schülerpresse

H. D. (so etwas wie) Sekretär des jüngst gegründeten „Österreichischen Schülerzeitungszentrums“, eines Vereines, der von Schülerzeitungsredakteuren initiiert wurde und sich – siehe nachfolgend gedruckte Resolution – nicht „als bürokratischer Dachverband der Schülerpresse, sondern als eine Art Basisgruppe Kommunikation der österreichischen Schülerbewegung versteht“. Das Proponentenkomitee veranstaltete vor kurzem im Wiener Albert-Schweitzer-Haus ein Seminar, an dem mehr als siebenzig Redakteure von über dreißig Schülerzeitungen teilnahmen.

■ HELMUT DITÉ



1. Während man auch heute vielfach noch jeden Schritt einer Schülerzeitung weg vom halbamtlichen Schulchronikblatt und hin zu kritischeren Positionen mit massiven Repressionen (**Vertriebsverbot, Diskriminierung und Benachteiligung der Redakteure** usw.) beantwortet, lud das österreichische Unterrichtsministerium schon im Herbst 1969 zum ersten Seminar für Schülerzeitungsredakteure nach Bad Ischl. Matrizenzeichnen, Vervielfältigungstechnik und ähnliches stand auf dem Stundenplan. Daß es dann doch zu

einer Resolution kam, die Pressefreiheit für SZ forderte, war zwar nicht vorgesehen, störte aber das Konzept nicht wesentlich. **Denn auch die österreichischen Schulbehörden haben seit einiger Zeit ansatzweise erkannt, daß Schülerzeitungen ausgezeichnet in technokratische Reformkonzepte passen können.**

Je weiter die Technokraten mit ihrer Schulreform den Rückstand aufholen, den die Schule als Sozialisationsinstanz gegenüber der sich immer mehr auf ökonomischen Progressismus, Sozialfürsorge und Permissivität als wirksamstes Einordnungsmittel orientierenden gesellschaftlichen Wirklichkeit hat, desto mehr wird den nur Zensurfreiheit fordernden SZ der Stachel genommen. **Die „kritische SZ“ an der „liberalen Schule“ ist das gute Gewissen der Schulbürokratie und paßt ins demokratische Sandkastenspiel.**

Fehler der Bad-Ischler Resolution war es, daß sie die SZ als isoliertes Phänomen hinstellte und nichts als einen **Sonderstatus** für dieses Phänomen forderte, ohne die Zusammenhänge mit der schulischen und damit gesellschaftlichen Situation deutlich zu machen.

Daß die damals aufsehenerregende Resolution in ministeriellen Schubladen oder Papierkörben verschimmeln konnte, ist kein Wunder, denn mit Ende des Seminars war auch schon die zielstrebige Zusammenarbeit der Schülerzeitungen zu Ende. Die sechs vom Seminar autorisierten Vertreter trafen nie vollzählig zusammen.

2. Wenn wir der Einteilung von Josef

Strauch (Flugblätter 3/70) folgen, ist etwa ein Drittel der österreichischen SZ „funktionell“, das heißt, **„der Katalysator, mit dessen Hilfe die Mangelsituation erkannt, mitgeteilt und beseitigt werden soll“**. Zwei Drittel der SZ sind „apolitisch“, das heißt, sie sind **„das Mittel individueller Befreiung, das den, dauernd so apostrophierten, passiven Leser als der Hebung des eigenen Sozialprestiges dienlichen Kontrast braucht“**. Sie übernehmen zum Teil unreflektiert die Informations- und Manipulationsmechanismen der großen Vorbilder. Aufmachung, Papier- und Druckqualität gehen vor. Als „Redakteure“ heben sich einzelne von der Masse der Schüler ab, sie „machen eine Zeitung“, werden „Chefredakteur“, „Resortchef“, „Vertriebsleiter“, „Anzeigenverantwortlicher“ und klagen darüber, daß die Resonanz unter dem „Publikum“ so gering ist, daß ihren appellativen Aufrufen zur Mitarbeit kaum jemand folgt.

3. (Exkurs in die BRD mit bemerkenswerten Parallelen zur österreichischen Situation.) In der BRD leitete die Emanzipation der SZ vom institutionell zur Schule gehörigen offiziellen Chronikblatt und von der aufgelockerten Amtszeitung der „großen Schulfamilie“ eine neue Phase der Anpassung ein. Schulautorität und Kultusbürokratie reagierten sehr schnell in dem Bemühen, gefährliche Konflikte möglichst von der Schule fernzuhalten, die Schule als **„wertfreie, gesellschaftsisierte Bildungsinstitution“**, als apolitische „pädagogische Provinz“ zu erhalten. Der Hessische Schülerzeitungserlaß zum Beispiel, 1964 als sensationell angesehen, beseitigte die herrschende Recht-

sunsicherheit der SZ-Redakteure und schien ihnen entsprechend dem Grundgesetz die volle Pressefreiheit zuzugestehen (keinerlei Zensur und volle Vertriebsfreiheit auch an den Schulen). Tatsächlich aber blieb diese Pressefreiheit nur formal und theoretisch.

**Denn das Ausmaß tatsächlich vorhandener Freiheitsrechte bestimmt sich nicht abstrakt nach dem Wortlaut von Gesetz- oder Erlaßtexten, sondern nach den realen Machtverhältnissen.** Für den Bereich der Schule bedeutet das: solange durch ein willkürlich handhabbares Noten- und Prüfungssystem, durch eine autoritäre Schulordnung und die diversen psychologischen Einschüchterungsmechanismen die Schule jederzeit in der Lage ist, die Disziplinierung des Schülers auch indirekt zu erreichen, so lange sich also an den ungleichen Machtverhältnissen im Bereich der Schule nichts ändert, bleibt die zugestandene Pressefreiheit der SZ ein frommer Wunsch.

Die durch den Erlaß bewirkte psychologisch neuartige Situation der SZ-Redakteure führte zu einer Dialektik von Anpassung und Widerstand, von Integration bei scheinbarer Unabhängigkeit. Es gelang immer weniger, den Zusammenhang zwischen aufgegriffenen politischen und gesellschaftlichen Themen und konkreten Problemen und Konflikten des schulischen Alltags bewußt zu machen. Sichtbarer Ausdruck dieser Unfähigkeit: man teilte die SZ auf in einen schulischen, einen unterhaltenden, einen „Unterstufen-“ und einen politischen Teil. Mit dieser **Aufteilung** übernahmen die SZ auch die zunächst funktional erscheinende redaktionelle **Arbeitsteilung** der großen etablierten Presse und häufig unbewußt die längst fragwürdige liberale Pressetheorie. Der Charakter dieser SZ: „Pluralismus der Meinungen“, „Kritik und Gegenkritik in einem Heft“ reproduziert nur die Ideologie der „öffentlichen Meinung“, daß solcher „Pluralismus“ „objektiv“ sei.

**Es leuchtet diesem bornierten Pluralismus nicht mehr ein, daß es eine „wertfreie, parteilose, gesellschafts-solierte Objektivität“ überhaupt nicht geben kann, da selbst jede wissenschaftliche Erkenntnis eine gesellschaftliche Dimension hat und al-**

**so politisch ist, daß Objektivität und Parteilichkeit eben keine Gegensätze zu sein brauchen.**

Die zweite, mit der ersten eng zusammenhängende Fiktion der liberalen Presse, wie des Liberalismus überhaupt, ist die Ideologie des „freien Marktes der Meinungen“ oder die einer funktionierenden Öffentlichkeit. Diese Prämisse ist falsch, weil es die „funktionierende Öffentlichkeit“ an der Schule ebensowenig gibt wie anderswo in unserer Gesellschaft, weil „funktionierende Öffentlichkeit“ einen herrschaftsfreien Raum zur Voraussetzung hat.

**4. Redaktionen, die sich selbst als kritische verstehen, haben zu oft ein Bewußtsein entwickelt, welches literarische Theorie von der Praxis abhebt, Praxis in der Sphäre des Schreibens sucht:** „Das Redaktionsskollektiv setzt sich aus Schülern zusammen, die im Herbst vorigen Jahres die lange vorhandene Überzeugung ‚es muß etwas geschehen‘ in Form der ersten Virus-Nummer zur Tat werden ließen.“ („Virus“, Schülerzeitung, Villach Juni/Juli 1970.)

„Manche dieser Zeitungen ‚linker Provenienz‘, deren vermehrtes Auftauchen als Pegel einer allgemeinen Demokratisierungswelle gepriesen wird, erweisen sich bloß als **Ersatz für politisches Handeln, dessen unterstützendes Medium sie eigentlich hätten sein sollen.** Im Hinblick darauf werden Artikel rein akademisch verfaßt oder im kritischen à-la-mode-Jargon, da die Konsequenz einer politischen Aktion gar nicht mehr einkalkuliert wird ... Evident wird diese Tendenz auch im Leserkreis solcher Zeitungen, der sein Selbstverständnis aus **bloßer Lektüre**, sogar nur durch den **bloßen Erwerb** einer solchen Zeitung ableitet, sich zum praktischen Handeln jedoch nie durchringen kann.“ (Johannes Hawlik, Flugblätter 3/1970.)

5. Aufgabe einer neuen Schülerzeitung darf es also nicht mehr sein, lehrerhaft angebliches Faktenwissen zu vermitteln, einem bornierten Pluralismus der Meinungen und einem ebenso verlogenen Objektivitätsbegriff zu huldigen, ihre Arbeit braucht die praktisch-politische Vermittlung. Nur wenn es ihr gelingt, den **Zusammenhang der**

**Mißstände und Konflikte in der Schule mit den entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Konflikten transparent zu machen** und im Sinne einer Demokratisierung kritisch zu werten, kann sie sich als wirklich fortschrittlich bezeichnen.

6. Für die Redaktion einer sich so verstehenden SZ hat dies zur Folge ebenso wie zur Bedingung, daß sich ihre Arbeit **qualitativ ändern muß:** sie verlagert sich aus der praxisfernen Isolation in die Basis der Schulen (die Klassen, den Unterricht). Diese SZ braucht sich nicht appellativ an die Schüler zu wenden und um Mitarbeit zu bitten, **sie ist selbst ein Teil der praktischen politischen Arbeit, ihr Resultat und Korrektiv.** Sie baut keinen Leistungszwang, keine hierarchisch gegliederte Redaktionsstruktur und Arbeitsweise auf, die den Praxisbezug verhindert und den Durchschnittsschüler davon abhält, in ihr zu schreiben. Sie legt auch weniger Wert auf einen kostspieligen schönen Druck, auf eine graphisch bestechende Aufmachung (die Geld kostet und von Anzeigen der reaktionären Geschäftswelt abhängig macht), was alles Zeit wegnimmt vom eigentlich Wichtigen, dem Schreiben der Artikel. Die ihr angemessene äußere Form ist die der hektographierten Matrizenzeitung, die im Konfliktfall auch innerhalb von ein paar Stunden nachts gedruckt werden kann.

Sie bietet Materialien zur Koordination der politischen Basisarbeit an der Schule, in ihr diskutiert und kommuniziert die tätige Basis. Ziel der Arbeit ist die ständige Erweiterung der aktiven Basis. Dies aber wird am ehesten erreicht werden — und damit ist zugleich der Inhalt einer solchen SZ konkretisiert —, wenn die apathischen, aus einer emotionalen Abwehrhaltung herauskommenden, resignierenden und deformierten Mittelschüler **bei ihren existentiellen Bedürfnissen gepackt werden**, wenn also Unterrichtsrezensionen gegen autoritäre oder sonstige Lehrer, Diskussionen über Lern- und Arbeitsskollektive zur Verminderung des schulischen Leistungsdrucks und so weiter gebracht werden, wenn die **Konfliktfelder des Schülers in Schule und Elternhaus** analysiert werden und so weiter.

7. Die Diskussion der Aktionen und

Reaktionen findet ihren aktuellen Niederschlag in der SZ, ebenso findet hier die Koordination statt (es koordiniert nicht die „SZ-Redaktion“, es koordiniert eine von der Basis delegierte Gruppe mit Hilfe des Instruments „Schülerzeitung“).

Die SZ ist nach der inhaltlichen Neubestimmung nicht Selbstzweck, sie ist der Basisarbeit untergeordnet. Sie ist Resultat und Korrektiv der politischen Arbeit, aber eben nur unter anderen Resultaten und Korrektiven. Es gibt also auch keine Schülerzeitungsspezialisten in der an der Schule aktiven Gruppe; da die SZ die Arbeit an der Basis widerspiegeln soll, müssen die in ihr Schreibenden ständig fluktuieren.

8. Die Taktik darf nicht hauptsächlich darauf gerichtet sein, von den Ministerien Pressefreiheit zu fordern und nichts weiter: Schülerzeitungsschreiber fordern einen Sonderstatus und sind, wenn sie auf die Universität kommen, plötzlich am Ziel ihrer Wünsche: man ißt nicht mehr unter der Bank, sondern auf ihr, man raucht nicht mehr am Klo, sondern im Hörsaal, man kommt und geht, wann man will und so weiter.

Mit einer Forderung an die Behörde, per Erlaß die Pressefreiheit für SZ einzurichten und schon Vierzehnjährige für den Inhalt einer SZ verantwortlich zeichnen zu lassen, ist nichts als ein **kleiner (immerhin aber brauchbarer) Freiraum** erreicht. Die Taktik muß darauf hinzielen, nicht einen „demokratischen Schülerzeitungserlaß“ zu **erbitten**, sondern demokratische Selbstbestimmung zu **praktizieren**. Die Strategie muß auf eine grundlegende Veränderung des gesamten Schulsystems — und da dies ohne eine gleichzeitige Veränderung der Gesellschaft nicht möglich ist, auch darauf — gerichtet sein.

Nur wenn die Schülerzeitungen durch den Aufbau einer bewußten **Gegenöffentlichkeit** unter den Schülern, Studenten und Lehrlingen und die Schaffung dazu geeigneter Organisationsformen die Perspektive zur grundlegenden Veränderung von Schule und Gesellschaft verfolgen, haben sie eine

Funktion.

## Seminars des Österreichischen Schülerzeitungszentrums (ÖSZ), 2. November 1970, Albert-Schweitzer-Haus, Wien

Angesichts der Tatsache, daß die Schüleropposition permanent eskaliert, verschärfen sich direkte Disziplinierungen und verschleierte Repression (**Notenterror**). Ursache dafür ist auch der zunehmende **Autoritätsschwund** der Professorenschaft, verursacht durch Freizeitinstanzen und Massenmedien. Die Lehrerschaft zieht sich daher immer mehr auf ihre Amtsautorität (Zensurenverteilung, Schulordnung) zurück. Diese Schulordnung, mit der ein Teil der Professorenschaft seine unantastbare Stellung begründet, stammt aus der Zeit des Austrofaschismus.

„Die Schulordnung ist von autoritärem Gedankengut erfüllt und dient der Repression gegen jede selbständige Handlung der Schüler.“ (**Doktor Jellouschek, Sektionsrat im BmfU, Direktorenkonferenz Krems an der Donau, Herbst 1970.**)

Nach der derzeitigen Situation an den Schulen zu schließen, wird die geplante neue Schulordnung die Lage der Schüler nicht positiv verändern können. Es ist uns vollkommen klar, **daß eine Initiative für eine echte Demokratisierung der Schule nur von den Schülern selbst ausgehen kann.**

Eine wesentliche Rolle innerhalb der Schülerbewegung kommt daher der Schülerzeitung als Kommunikationsplattform zu. Diese Funktion kann sie jedoch nur erfüllen, wenn sie den **Zusammenhang** zwischen demokratischer Theorie und täglich-

er Praxis oppositioneller Schüler be-greift also nicht Selbstzweck, sondern Instrument einer antiautoritären Schülergruppierung wird.

Da unter den derzeitigen schulischen und presserechtlichen Bedingungen **eine freie Schülerpresse unmöglich ist**, fällt der Kampf um eine freie Schülerpresse mit dem Kampf für eine demokratische Schule (Mitbestimmung in Konferenzen, bei der Lehrplan- und Unterrichtsgestaltung, Abschaffung der Schulordnung, Einrichtung wirksamer Schülerparlamente und Lehrer-Schüler-Ausschüsse, die unter anderem den jeweiligen Bedürfnissen angepaßte Hausordnungen ausarbeiten, Presse- und Versammlungsfreiheit) zusammen.

Da die Schule nur als Institution der Gesellschaft begriffen werden kann, kann sich die Schülerpresse in ihrer Thematik nicht nur auf Schulprobleme beschränken, sondern muß den **Zusammenhang der konkreten Situation in der Schule mit den gesellschaftlichen Strukturen aufzeigen**. Sie kann daher Demokratisierungsbestrebungen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Betriebe und Lehrlingsausbildung, Universitäten, Bundesheer, ORF) ihre Unterstützung nicht versagen.

Das in Gründung befindliche „Österreichische Schülerzeitungszentrum“ versteht sich nicht als bürokratische Dachorganisation, sondern als „Basisgruppe Kommunikation“ einer österreichischen Schülerbewegung. Es wird den Kampf der Schülerzeitungen um Pressefreiheit koordinieren und permanent unterstützen.

Dieses Seminar ist nur der Beginn einer stetigen Entwicklung und Konsolidierung der österreichischen Schülerpresse.

Lizenz dieses Beitrags  
Copyright  
© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels